

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Europa und Internationales

**zu der Mitteilung des Ministeriums für Umwelt, Klima und
Energiewirtschaft vom 26. November 2021
– Drucksache 17/1337**

Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Einrichtung eines Klima-Sozialfonds COM(2021) 568 final (BR 702/21)

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft vom 26. November 2021 – Drucksache 17/1337 – Kenntnis zu nehmen.

15.12.2021

Die Berichterstatterin:

Alena Trauschel

Der Vorsitzende:

Willi Stächele

Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet die Mitteilung des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, Drucksache 17/1337, in seiner 6. Sitzung, die in gemischter Form mit Videokonferenz stattfand, am 15. Dezember 2021.

Ein Abgeordneter der Fraktion GRÜNE brachte vor, es sei noch nicht abzuschätzen, wie stark die Klimaschutzmaßnahmen die Bürgerinnen und Bürger in Europa belasteten. Um drohenden sozialen Verwerfungen entgegenzuwirken, werde daher ein Sozialfonds aufgelegt, dessen Ausgestaltung genauer in den Blick genommen werden sollte. Seines Erachtens greife es zu kurz, wenn lediglich 25 % der neu zu erzielenden Einnahmen aus dem Emissionshandelssystem für Gebäude und Verkehr in den Sozialfonds fließen. Da sollte schon tiefer in die Kasse gegriffen werden, um insbesondere für stark betroffene KMUs und sozial Schwache einen Ausgleich zu schaffen.

Insofern sei das Vorhaben grundsätzlich zu begrüßen, doch müsse die weitere Ausgestaltung beobachtet werden.

Der Vorsitzende merkte an, laut dem EU-Vorschlag für eine Verordnung zur Einrichtung eines Klima-Sozialfonds solle die Förderung durch die EU durch nationale Programme in mindestens derselben Höhe ergänzt werden. Zum einen sei eine Verordnung im Grunde bindend, und zum anderen werde eine Komplementärfinanzierung erwartet. Das werde vermutlich noch zu zahlreichen Diskussionen auch auf europäischer Ebene führen.

Interessant sei auch, dass eine Bewertung der Einhaltung des Subsidiaritäts- und des Verhältnismäßigkeitsprinzips noch nicht abschließend erfolgen könne. Das mache deutlich, dass hier alle am Anfang einer großen Baustelle stünden.

Ohne förmliche Abstimmung empfahl der Ausschuss für Europa und Internationales dem Plenum, von der Mitteilung Drucksache 17/1337 Kenntnis zu nehmen.

26.1.2022

Trauschel